



Innenausschuss
50. Sitzung (öffentlich)
zu TOP 1 gemeinsame Sitzung mit:
Ausschuss für Kommunalpolitik
81. Sitzung (öffentlich)

11. Dezember 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Tagesordnungspunkt 6 – Vereinsgründung von LEAP abge-
sagt: Hat der Maulkorbminister schon wieder zugeschlagen?
– wird übereinstimmend auf die Januarsitzung 2015
verschoben.

**1 Gesetz zur Novellierung des Gesetzes über die Zuweisung und
Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz –
FlüAG)**

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6689
APr 16/690

Abschlussberatung gemeinsam mit dem Ausschuss für Kommunalpolitik und getrennte Abstimmungen zur Vorbereitung der 2. Lesung

Abstimmung des Kommunalausschusses:

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung in der jetzt geänderten Form wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Abstimmung des Innenausschusses:

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung in der jetzt geänderten Form wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Aktuelle Viertelstunde

19

hier:

„Geplante Umstrukturierungen bei der Krefelder Polizei wegen drohenden Personalverlusts: Innenminister Jäger gefährdet mit seiner falschen Stellenpolitik die innere Sicherheit des Landes Nordrhein-Westfalen“

– Bericht der Landesregierung

– Diskussion –

2 Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes NRW **26**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6088
APr 16/689 – Neudruck –

Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Nach eingehender Diskussion kommt der Ausschuss überein, diesen Tagesordnungspunkt zunächst zu schieben, wobei noch nicht feststeht, bis zu welchem Termin.

3	Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen	29
----------	---	-----------

Vorlage 16/2521
Bericht der Landesregierung

**4 Bewerberinnen und Bewerber mit mittleren Bildungsabschlüssen
wieder eine Ausbildungsperspektive bei der Polizei eröffnen 36**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4156
Vorlage 16/2292

Der Antrag 16/4156 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und der Piratenfraktion abgelehnt.

5 Keine Zeltstädte in Nordrhein-Westfalen – Unterbringung von Flüchtlingen in Zeltlagern, Schulen und Turnhallen verhindern 52

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6674

Der Antrag Drucksache 16/6674 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt.

6 Razzia in der Kölner Notunterkunft für Flüchtlinge in der Herculesstraße 57

Vorlage 16/2419

– ohne Diskussion –

7 Aktualisierung der Vorlage „Wann werden die syrischen Flüchtlinge endlich nach NRW kommen können?“ (TOP beantragt von der Fraktion der Piraten) 58

Vorlage 16/1604

Vorlage 16/2009

Vorlage 16/2098

Bericht der Landesregierung

8 Wirksame Bekämpfung von Menschenhandel nur in Verbindung mit nachhaltigen Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung der Betroffenen möglich – Richtlinienkonforme Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU 65

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/2891

Vorlage 16/1821

APr 16/614

Der Antrag Drucksache 16/2891 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU bei Enthaltung der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt.

9 Unser Land braucht eine Neukonzeption der Flüchtlingsaufnahme – Hin zu einer humanen und dezentralen Unterbringung in ganz NRW 67

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/4164

APr 16/537

Der Antrag Drucksache 16/4164 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt.

- 10 Entwurf einer Verordnung über die Fachbereiche und Abteilungen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen in Gelsenkirchen – Beteiligung gem. § 12 Fachhochschulgesetz öffentlicher Dienst (FHGöD)** **69**

Vorlage 16/2502

Der Innenausschuss als zuständiger Ausschuss hat die Vorlage 16/2502 zur Kenntnis genommen.

- 11 Verschiedenes** **70**

a) Reise von Innenminister Jäger in das Kosovo (17. – 19. Juni 2015)

b) Sitzungstermine

Die nächsten Sitzungen finden am 13. Januar 2015 (Anhörung zu den CDU-Anträgen „Einbruchskriminalität“ und „Ministerin Body-Cams“) sowie am 22. Januar 2015 (reguläre Sitzung) statt.

c) Benennung von Sachverständigen

* * *

2 Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes NRW

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6088
APr 16/689 – Neudruck –

Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Vorsitzender Daniel Sieveke: Der federführende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales wird voraussichtlich am 16. Dezember 2014 in einer Sondersitzung abschließend beraten, um die rechtzeitige Verabschiedung durch das Plenum in 2. Lesung am 17./18. Dezember 2014 sicherzustellen.

(Thomas Stotko [SPD]: Nach unserem Kenntnisstand nicht!)

– Jetzt doch nicht mehr?

(Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

– Sie können mir gerne den Kenntnisstand mitteilen. Ich finde es langsam komisch, gerade bei diesem Gesetzentwurf.

(Unruhe)

Thomas Stotko (SPD): Herr Vorsitzender, wir sind genauso erstaunt wie Sie, und ich darf, glaube ich, für den Ausschuss für Kommunales, ohne da ein Mandat zu haben, aber jedenfalls für die Innenpolitiker sagen, dass wir es sehr unglücklich finden, dass das Beratungsverfahren sich jetzt offensichtlich – aus welchen Gründen auch immer – bis ins neue Jahr hineinziehen wird. Eine Verabschiedung ist nach unserem Kenntnisstand bis zum 31. Dezember 2014 nicht vorgesehen.

Deshalb verbleibt es bei dem, was ich in der letzten Innenausschusssitzung schon gesagt habe: Ich halte es für dringend erforderlich, dass wir wegen unserer hohen Affinität zu den Hilfsorganisationen das Thema hier auf jeden Fall beraten, und zwar in der Form, in der es im federführenden Ausschuss beraten wird, und nicht in irgendeiner Alibiversion. Das wird der Sache nicht gerecht.

(Zustimmung)

Wenn wir hier nur irgendwie mitberatend wären, hätte ich gesagt: „Ohne Votum, soll der Hauptausschuss doch machen“. Aber sowohl der Kommunalausschuss – insofern bin ich dankbar, dass der Kollege Hübner noch hier ist – als auch wir Innenpolitiker sehen das Ganze mit Interesse; so will ich es einmal formulieren. Wir würden daher dafür plädieren, diesen Punkt zu schieben.

Theo Kruse (CDU): Hierzu gibt es keine Einwände. Herr Kollege Stotko, ich entnehme allerdings Ihrer Äußerung, dass Sie an der Vorgehensweise, an der Einbrin-

gung, am Beratungsverfahren insgesamt deutliche Kritik, auch was die Zeit betrifft, an Ihrer bzw. an unserer Landesregierung üben.

(Zurufe)

Da hätte vieles anders und besser eingestiegt werden müssen. Man könnte fast den Eindruck gewinnen – als Beobachter von außen –, dass Sie Kritik am Vorsitzenden üben.

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

Thomas Stotko (SPD): Zunächst: Hätte ich den Vorsitzenden kritisieren wollen, hätte ich das direkt getan. Dann mache ich das nicht über Umwege. Genau das Gegenteil ist der Fall: Wir haben ja unsere Zustimmung kundgetan, als der Vorsitzende vorhin sein Unverständnis geäußert hat.

Meine Kritik, Herr Kollege Kruse, ohne dass ich jetzt ein Erbsenzähler sein will, bezieht sich eher auf den Ablauf im parlamentarischen Verfahren. Die Regierung hat den Gesetzentwurf eingebracht.

(Theo Kruse [CDU]: Da haben Sie aber doch die Mehrheit!)

– Herr Kollege, wie soll ich es jetzt nett formulieren? Es sind nun einmal mehrere Ausschüsse im Rennen, und ich kann jetzt nur für den Ausschuss sprechen, in dem wir hier alle sitzen. Und da darf ich zum wiederholten Male klarmachen: Es gibt bestimmte parlamentarische Dinge, denen wir alle – egal welcher Fraktion wir angehören – gerecht werden müssen, damit wir, wenn wir bei Gesetzesberatungen draußen beachtet werden wollen, auch ernst genommen werden.

(Theo Kruse [CDU]: Da bin ich sehr dafür!)

Deshalb sage ich nur: Ich habe keine Lust, heute ein Votum über einen Gesetzentwurf abzugeben, der sehr wahrscheinlich später anders aussehen wird. Ich glaube, wir appellieren hier an den federführenden Ausschuss, seine Beratungen nun unverzüglich so weit zu bringen, dass wir uns hier im Innenausschuss mit der dann aktuellen Variante beschäftigen können. – So viel zum Thema „Kritik an der Landesregierung“.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Vielen Dank. Mir geht es eigentlich um Folgendes: Das ist wieder ein Gesetz, das unbedingt noch verabschiedet werden muss, und wir sind deshalb diesem Zeitdruck ausgesetzt. Wer jetzt daran die Schuld trägt, ist mir im Grunde egal. Das ganze Verfahren ist schon so gelaufen.

Ich nehme mir als Vorsitzender die Freiheit heraus, dass wir uns diesem Zeitdruck bei einem inhaltlich so wichtigen Punkt nicht wieder aussetzen werden. Dieses Signal werden wir jedem anderen gegenüber deutlich machen.

(Zustimmung)

Es gibt immer wieder einmal Sondersituationen, in denen zeitnah über etwas zu entscheiden ist, gar keine Frage. Aber bei dieser Sache ist es schon sehr ärgerlich, und wenn dann noch nicht einmal eine Rückmeldung kommt – an das Ausschusssekreta-

riat, an den Vorsitzenden oder wie auch immer –, dann finde ich das Ganze noch ärgerlicher. Ich habe jedenfalls aus den Wortmeldungen das Einverständnis erkannt, dass wir diesen Punkt erst einmal schieben – bis zu welchem Termin, können wir heute noch nicht sagen.

Nach eingehender Diskussion kommt der Ausschuss überein, diesen Tagesordnungspunkt zunächst zu schieben, wobei noch nicht feststeht, bis zu welchem Termin.

